

Christina Kaindl

---

## Extreme Rechte<sup>1</sup> in der Krise – Kämpfe ums Subjekt

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist zugleich eine politische Krise der neoliberalen Regulationsweisen des globalisierten Kapitalismus. Die Politik der Finanzialisierung immer weiterer Lebensbereiche und die damit einhergehenden Anrufungen an die Einzelnen, das Leben in Eigenverantwortung zu meistern, ohne auf soziale Sicherungen privater Risiken durch den Staat zu vertrauen, hat eine massive „Rückkehr des Staates“ erlebt. Bei allen Versuchen des „Neoliberalismus an der Macht“, diese staatlichen Interventionen auf die Umschichtung gesellschaftlichen Reichtums zur Sicherung des Bankenwesens und auf kurze Zeit zu begrenzen, ist doch der Diskursraum zumindest für eine Zeit geöffnet worden. Die Sorge im bürgerlichen Feuilleton war groß, dass dies linken Kräften zum Vorteil reichen könnte. Auch die Sorge in linken und demokratischen Kreisen (und die Hoffnung bei der extremen Rechten) war groß, dass die Rechte Nutznießer dieser Entwicklungen werden könnte.

Die Wahlen zum Europaparlament und zum deutschen Bundestag zeigen ein gemischtes Bild: in den Niederlanden, in Tschechien, Ungarn, Großbritannien, Italien und Österreich waren die extremen Rechten (je unterschiedlich) erfolgreich, in Frankreich und Deutschland sind die erhofften Zugewinne – auch bei der Bundestagswahl – ausgeblieben.

### Thematische und organisatorische Verschiebungen in der extremen Rechten

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die wichtigen Politikformationen der extremen Rechten inhaltliche und konzeptionelle Umorientierungen vorgenommen. Zwar sind viele der Themen im ideologischen Horizont der Rechten nicht neu: die stärkere Betonung des Antiziganismus hat schreckliche Vorläufer im NS, der Antikapitalismus der Jungen Nationaldemokraten und z.T. der NPD beruft sich offen auf Strasser, selbst die von der Neuen Rechten entwickelten Konzepte des Ethnopluralismus und des „Kulturassismus“ haben Vor-

---

1 Der Beitrag widmet sich nicht systematisch der Unterscheidung von so genannten populistischen und extremen rechten Politikprojekten, die sich allzu häufig auf politische Formen und das Verhältnis zur jeweiligen Verfassung, weniger auf die immanenten ideologischen Denk- und Handlungsangebote der Rechten bezieht.

läufer im Leistungsraffismus der Faschisten, die Verbindung mit wirtschaftsliberalen Momente sind spätestens seit Chile bekannt. Auf neue Weise zusammengesetzt und brisant werden diese Konzepte aber vor dem Hintergrund der sich wandelnden politischen Landschaft und des Versuchs, sie gegen Neoliberalismus und Globalisierung in Stellung zu bringen.

Die politische Landschaft hat sich mit dem Schwenk der Sozialdemokratie zum Neoliberalismus in vielen europäischen Ländern stark gewandelt. Nach der Krise des konservativen Neoliberalismus in den 1990er Jahren ermöglicht dieses Umschwenken eine Integration alternativer Milieus und Bevölkerungsteile in den Neoliberalismus. Seine soziale Basis konnte so erweitert werden – in Deutschland besonders deutlich in Verbindung mit der Grünen Partei, die als Fürsprecherin libertärer Lebensweisen, Kritik staatlicher Bevormundung und alternative Arbeitsformen wahrgenommen wird. Darin liegt eine wichtige Funktion der Produktion von Zustimmung, indem die neuen Arbeitsanforderungen und die Umarbeitungen des Sozialstaates in die Nähe früherer Fordismus-Kritik gerückt werden. Hegemonie gelingt vielfach als „passive Revolution“, als Vermögen „sich einen Teil der Antithese selbst einzuverleiben“ (Gramsci 1996: 1728). Kritische Forderungen – etwa gegen die repressiven Seiten des Fordismus – werden aufgegriffen und in das neoliberale Projekt integriert, z.T. gemeinsam mit den Protagonisten der Kritik. Bestimmte Sicht- und Deutungsweisen der gesellschaftlichen Probleme und ihrer notwendigen und möglichen Bearbeitung werden platziert und durchgesetzt, Alternativen sind nicht sicht- oder denkbar.

Dieses Verständnis von Hegemonie bedeutet also nicht einfach ‚Zustimmung‘; bei Weitem nicht Alle waren mit der neuen Politik einverstanden, zufrieden oder befriedet. Es bezeichnet aber die Dominanz einer bestimmten Widerspruchsbearbeitung bei gleichzeitiger Abwesenheit von legitimen Ausdrucksformen und Repräsentationen des Leidens an den neuen Anforderungen.

Die neoliberale Wendung der Sozialdemokratie lässt weite Teile ihres Klientels und dessen Interessen und Erfahrungen mit der neuen Produktionsweise unbeachtet. Im Kern geht es darum, „Ansprüche an den Sozialstaat, ungerechtfertigte Leistungen und entmoralisierende Verhaltensweisen durch eine Reorientierung auf Eigenverantwortung und Gemeinschaftlichkeit abzubauen“ (Candeias 2004: 302).

Der Wandel im Sozialstaat hängt mit demjenigen der Arbeitswelt zusammen, dient nicht zuletzt der „Erziehung der Arbeitskräfte“ (Candeias), die durch Angst (vor ungesicherter Arbeitslosigkeit) und durch Einübung anderer Orientierungen (auf Markt und Selbst-Unternehmertum) fit für die neuen Formen der Arbeitsorganisation werden sollen.<sup>2</sup> Die Revolutionierung der Produktions-

---

2 Der Sozialstaat ist Teil der Apparate und Diskurse, die an einer neuen Hegemonie arbeiten. Dass Hegemonie nicht im Gegensatz zu Zwang steht, sondern Momente von Zwang gerade einschließt, wird hier besonders deutlich.

techniken, die Anforderungen von Selbststeuerung und Vermarktlichungsprozessen gehen mit flexibilisierten Arbeitszeiten, Zielvereinbarungen und anderen Managementtechniken einher und produzieren Stress und Erschöpfung. Zwischenzeiten der Erholung werden systematisch abgeschafft. Erhöhte Arbeitsbelastungen und -dauer gehen mit verschärfter Konkurrenz einher, zwischen Alt und Jung, MigrantInnen und Alteingesessenen, Stammbeschaft und LeiharbeiterInnen (vgl. Hentges u.a. 2003).

Fordistische Anspruchshaltungen bestehen bei den Menschen in Teilen weiter und nähren Ungerechtigkeitsempfindungen: Ehe, Kleinfamilie mitsamt den damit einhergehenden Moralisationen, Lohnarbeit, die Verbindung von sozialem Ansehen mit einer bestimmten Form des Konsums – „all das verschwindet nicht einfach, auch wo der fordistische abgelöst wird von einem neuen Subjektionstypus, der im Zusammenhang mit der Entfesselung einer hochtechnologischen Produktionsweise sich herausbildet“ (Barfuss 2002: 196).

Es entsteht eine Krise der Repräsentation, d.h. die „traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt“ (Gramsci 1996: 1577f). Die Diskussionen der bisherigen gesellschaftlichen Vertreter der Lohnabhängigen sind, auch wenn sie kritisch intendiert sind, von Anpassungs- und Gestaltungsvorschlägen geprägt (Grevén/Grumke 2006: 16), die die Belastungen und Zumutungen der veränderten Produktionsweise für die Betroffenen kaum angemessen zum Ausdruck bringen können. „Eine Mehrheit sieht heute das Gerechtigkeitsprinzip der Arbeitnehmersgesellschaft – ‚Leistung gegen Teilhabe‘ – gefährdet“ (Vester 2001: 87). Viele teilen das Gefühl, dass es einen impliziten Vertrag in der Gesellschaft gibt/gab: dass sich harte Arbeit gegen soziale Absicherung „tauscht“ (Hentges u.a. 2003). Dieser Vertrag scheint einseitig aufgekündigt: die meisten sind selbst zu härterer Arbeit und leidvoller Unterordnung bereit und erleben, dass legitime Erwartungen an sozialen Standard und Lebensqualität dauerhaft frustriert werden. Es werden zunehmend diejenigen abgewertet, die sich scheinbar den Mühen der Arbeit nicht in gleicher Weise unterziehen müssen und dennoch abgesichert sind: Manager und Politiker oben, Flüchtlinge und Sozialhilfebezieher unten. Menschen, die rechte Positionen reproduzierten, haben sich in Befragungen als „Team, Belegschaft und auch die Nation als Gemeinschaft hart arbeitender Menschen definiert. Wer den Leistungserwartungen dieser Gemeinschaft nicht entspricht, dem wird die Zugehörigkeit verweigert“ (Dörre/Kraemer/Speidel 2004: 393).

Bereits in der Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände Folge 2“ von 2003 stimmten etwa 80 Prozent der Befragten voll bzw. eher der Aussage zu, dass „gegen soziale Missstände in Deutschland zu wenig protestiert wird“. Über 80 Prozent stimmten voll oder eher zu, dass „letztendlich die Wirtschaft in unserem Land [entscheidet] und nicht die Politik“, über 90 Prozent, dass „die de-

mokratischen Parteien alles [zerreden] und die Probleme nicht [lösen]“, und „Politiker mehr dafür tun [sollten], Zweifel an der Demokratie auszuräumen“ (Heitmeyer 2003: 43f).

In dieser „Lücke der Repräsentation“ machen die extremen Rechten Politik und sind gleichzeitig Teil der Brutalisierung von Widerspruchsbearbeitungen im Neoliberalismus. Die „diffuse Wut auf die gesamte politische Klasse“ (Dörre u.a. 2004: 391) kann sich unterschiedlich entladen. „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, übersteigerter Nationalismus und Offenheit für rechtspopulistische Anrufungen“ (ebd.) stellen mögliche Verarbeitungen dar.

Die rechten Politikoptionen werden inhaltlich auf die neue Konstellation eingestellt: Neoliberale Forderungen verlieren in den Parteidiskursen an Bedeutung „zugunsten einer verstärkten Betonung antiliberalistischer und antiliberaler politischer Diskursmuster“ (Betz 2001: 168). 1995 kündigte etwa die Front National eine „soziale Wende“ an, die den Staat als Bollwerk gegen die Globalisierung rehabilitieren sollte. Haider wandelte sich in den 1990er Jahren vom Anwalt der Leistungseliten hin zum Verteidiger derjenigen österreichischen Arbeiter, die es „hart haben im Wettbewerb“ (zit. n. Betz 2001b: 174).<sup>3</sup> Schlüssel für die Verbindung von protektionistischen Positionen und Politikfähigkeit im Rahmen neoliberaler Hegemonie sind ethnopluralistische Argumentationen:

Die gesellschaftlichen Verwerfungen des Neoliberalismus werden als „von der Migration verursachte Probleme übersetzt“ (Scharenberg 2006: 77). „Die Ausländer“ werden zum Sinnbild der Globalisierung „vor Ort“ und bieten dem Alltagsverstand Reibungsfläche. Damit können gesamtgesellschaftliche Probleme reartikuliert und gleichzeitig denkbar gemacht werden. Damit stehen sie gegen neoliberale Denkformen – „there is no such thing as society“ (Thatcher), sind gewissermaßen ein Angebot, Gesellschaft zu denken – jenseits liberaler und demokratischer Vorstellungen.

Sie bewegen sich gleichzeitig innerhalb der herrschaftlichen Des-Artikulation von gesellschaftlichen Widersprüchen und Zusammenhängen. Mit den ethnisierenden Denkformen wird Gemeinschaftlichkeit konstruiert, Interessengegensätze werden unsichtbar gemacht bzw. verschoben. Nicht zufällig finden sich ethnopluralistische Positionen auch in der Staatskritik der neoliberalen Gründungsväter Friedmann und Hayek. Sie ziehen sich durch die Mehrheit der Mobilisierungen auf der extremen (und auch der „populistischen“) Rechten.

Die dagegen gestellte „Homogenität“ des Volkes, die es (zurück) zu gewinnen gelte, ermöglicht eine imaginäre Vergemeinschaftung, die die real erfahrenen so-

---

3 In den 1980er bestand die Wählerschaft des FN vor allem aus Selbständigen, Ladenbesitzern, Geschäfts- und Handwerksleuten, in den 1990ern wählten 30% der Handarbeiter (Männer und Frauen) den FN, 2002 sanken die Zahlen, jeder 4. Arbeiter wählte FN, 30% der Ladenbesitzer und Handwerker wählten die extreme Rechte. In Österreich wählten 1995 30% der *blue collar* Arbeiter FPÖ, 1999 kamen 50% der Wählerschaft aus der Arbeiterklasse (Hentges u.a. 2003: 63).

zialen Spaltungen und Partikularisierungen bewältigen lässt (vgl. 78). Das implizite Wissen, dass „die Anderen“, die flexiblen Migranten, in der Konkurrenz um Arbeit und im Kampf um den „gesellschaftlich durchschnittlichen“ Wert der Ware Arbeitskraft die eigenen Positionen bedrohen, wird aufgerufen: Der britische BNP-Präsident Nick Griffin warnte mit Bezug auf einen möglichen EU-Beitritt der Türkei vor „80 Millionen muslimische Niedriglohn-Türken“, die „Großbritannien überschwemmen“.<sup>4</sup> Ihr Zurückdrängen in die Peripherie, in das „außen“ ist Gegenstand rechter Mobilisierungen wie staatlicher Abschottungspolitik, was ein Vordringen der Rechten in die Mitte erleichtert.

Konjunktur haben in den rassistischen Denkangeboten der Rechten antimuslimische und antiziganistische Argumentationen. Antiislamismus breitete sich mit der „Pro“-Bewegung (etwa „Pro Köln“) als Mobilisierungsthema der extremen Rechten aus. Er eröffnet Anknüpfungsmöglichkeiten an die Sicherheits- und Antiterror-Diskurse der gemäßigten Rechten und baut auf soziale Unsicherheits-Erfahrungen. Filip Dewinter vom *Vlaams Belang* etwa bezeichnet „die Multikultur“ als „Trojanisches Pferd des Islam“. Masseneinwanderung bringe die europäische Identität und Zivilisation in Bedrängnis, so dass „wir nicht mehr die Kühnheit haben stolz auf unsere eigene völkische Identität“ zu sein.<sup>5</sup> Muslime (und Roma) werden zum Synonym von Präkarisierung und ‚integrationsunwilligen Fremden‘.

Integrationsforderungen und Zuweisung von gesellschaftlichen Missständen in die Schuld und Verantwortung von Einzelnen – für den „Kunden“ des neoliberalen Sozialstaates ist das eine alltägliche Erfahrung. Die extreme Rechte bedient eine ähnliche Denkbewegung mit der Ethnisierung sozialer Konflikte. Auf der Grundlage dieser Konstruktion von Kultur werden Bündnisse angestrebt und wird der Versuch einer „länderübergreifenden Zusammenarbeit aller Patrioten im Kampf um die Identität und Souveränität der europäischen Völker“ (Bürgerbewegung Pro Köln) unter dem Banner des Antiislamismus gemacht.<sup>6</sup>

Die Parteien der extremen Rechten treten als „neue Arbeiterparteien“ auf und werden auch so wahrgenommen: „Ich bin zur Dänischen Volkspartei gewechselt, weil sie [die Sozialdemokraten] ihre Politik änderten – ich aber meine nicht“ (Dänischer Busfahrer in Hentges u.a. 2003: 126; Übers. CK). Sie reartikulieren die Erfahrung des „aufgekündigten Vertrages“ in völkischen / populistischen Mobilisierungen gegen diejenigen, die sich den Mühen der Arbeit scheinbar nicht in gleicher Weise unterziehen müssen – nach oben gegen „überbezahlte“ Manager und Politiker und nach unten gegen „Sozialschmarotzer“, Flüchtlinge und MigrantInnen.

---

4 <http://www.n-tv.de/politik/dossier/Rechtsextreme-hoffen-auf-Krisengewinn-article312487.html>

5 <http://www.filipdewinter.be/page.php?linkID=652>, Zugriff: 13.11.2008.

6 Vgl. Alexander Häusler und Hans-Peter Killguss: „Einleitung“ zum Kongress „Feindbild Islam“, <http://www.redok.de/content/view/1361/40/>

Im europäischen Vergleich sind die Erfolge der Parteien der extremen Rechten in Deutschland verhalten. Dies liegt einerseits daran, dass die extreme Rechte für die Durchsetzung des Neoliberalismus und gegen das Beharren auf sozialdemokratischen Modellen und einem verbreiteten „Sozialstaatsbewusstsein“ nur begrenzt funktionalisiert wurden. Zwar zeigen Schui u.a. (1997) sowie Schui/Blankenburg (2002) Konvergenzen zwischen wirtschaftspolitischen Vorstellungen etwa der NPD und der DVU und neoliberalen Theorien und Konzepten. Die von Hall (1982) analysierte „Dammbrucherfunktion“ in einem *trasformismo*, also dem Eindringen in die soziale Basis der Sozialdemokratie und die Beordnung zum neu entstehenden neoliberalen Block, kommt ihnen – als Organisationen – in Deutschland aber kaum zu. Wohl gelingt es durch rassistische Kampagnen vor allem gegen den „Missbrauch“ des Asylrechtes und anderer Sozialleistungen die Unterstützung für den Erhalt des Sozialstaates zu unterhöheln – und hier sind auch rechtsextreme Mobilisierungen wie Anfang der 1990er Jahre in den Angriffen auf Asylbewerberheime und Wohnungen von Menschen mit migrantischem Hintergrund funktional. Der *trasformismo* wird von den bürgerlichen neoliberalen Parteien weitgehend „selbst erledigt“ – autoritär-populistische Strömungen ziehen entsprechend durch fast alle etablierten Parteien.

Wo die extrem rechten Parteien an Regierungen beteiligt sind, müssen sie den Spagat zwischen sozialer Rhetorik und einer Wirtschaftspolitik, die mit neoliberaler Hegemonie nicht bricht, bewältigen. Andernfalls wäre ihre Funktion der Beordnung subalternen und unzufriedener Bevölkerungsteile zum neoliberalen Block gefährdet.<sup>7</sup>

In Deutschland ist der Spagat aufgrund der Regierungsferne nicht in gleichem Maße notwendig. Das ermöglicht „radikaleres“ Auftreten: „Antikapitalismus von rechts“ kann als neue strategische Ausrichtung ihrer wichtigsten Strömungen aufgefasst werden. Sie beinhalten Kampagnen wie „Zukunft statt Globalisierung“ ([www.antikap.de](http://www.antikap.de)). Damit wird versucht, an die globalisierungskritische Bewegung Anschluss zu finden – zwar haben diese Querfronstrategien kaum Erfolg, sie ermöglichen aber, aktivistisch Orientierte und Interessierte für rechte Mobilisierungen zu gewinnen. Die „linken Leute von rechts“<sup>8</sup>, eine Strasser-Formulierung, werden auf den Plan gerufen, um die soziale Frage als rechtes Thema zu setzen.

Die „Hochglanzseite“ der neuen Arbeitsanforderungen, mit denen auch für die Umsetzung der Hartz-Reformen geworben wurde (Kreativität, Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Akzeptanz von pluralen Lebensformen) werden zusammen mit der Globalisierung zurückgewiesen und ein nationalistisches, autoritär-

7 Allerdings sind widersprüchliche Bestrebungen innerhalb des rechten Lagers nicht unbedingt ein Hindernis, wie die langjährig erfolgreiche Konstellation unter Berlusconi in Italien gezeigt hat.

8 Aus den Reihen des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), in: Nation und Europa, 48. Jg., 1998, H. 10, 13-15, hier 15 (16 Thesen zum Kapitalismus: dem Geld dienen oder dem Volk?, Tor von Waldstein).

fordistisches Gegenmodell entwickelt. Darin werden Globalisierung, wirtschaftlicher Liberalismus und eine Liberalisierung der Lebensweisen in eins gesetzt. Linke Globalisierungskritik schrecke vor den Konsequenzen zurück, kritisiere zwar die Globalisierung, sehe aber nicht, dass ihre libertären Ansichten die Kehrseite der Globalisierung und des Marktliberalismus seien.<sup>9</sup> Propagiert wird eine sozialpartnerschaftliche Marktwirtschaft,<sup>10</sup> die Eigentum schützt „solange es dem Volk dient“ und sich gegen „Händlertum“ und „Karawanserei“ stellt. Die Ablehnung des „Mammonismus“ bedient die bekannten antisemitischen „Kritiken“ des Kapitalismus.

Multinationale Konzerne und die Anwesenheit von Flüchtlingen und ausländischer Wohnbevölkerung in Deutschland werden so verknüpft gedacht, dass das eine unmittelbar im anderen bekämpft werden kann. Rassistische Gewalt wird zu Antiglobalisierungs-Politik. Dem „imperialistischen Kampf“ – der „Multis“ und MigrantInnen – gegen das Volk wird Nationalismus als „Befreiungsbewegung“ gegenübergestellt<sup>11</sup>. Dies ermöglicht eine in sich kohärente Begründung von Aktivismus und praktischen Politikoptionen; Erfahrungen von politischer Hilflosigkeit angesichts globaler Prozesse können in Handlungen umgesetzt werden. Gegen die Agenda 2010 wird „Arbeitsdienst für Arbeitsscheue“<sup>12</sup> gefordert. Das bleibt in der Logik der herrschenden Sozialpolitik, stellt sich aber als Opposition dar, die den scheinbaren Liberalismus der Sozialstaatsregelungen – zu Gunsten der „Arbeitsscheuen“, zu Ungunsten der „ehrlichen, hart arbeitenden Mitglieder der Volksgemeinschaft“ – kritisiert und angreift. Wie schon im historischen Faschismus werden Rassismus und Leistungsideologien („Volksschädlinge“) zusammengebunden.

## Neue Konfigurationen in der Krise

Eine Krise der Repräsentation ist nicht mit einer Hegemoniekrise gleichzusetzen. Diese greift erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise durch<sup>13</sup> – geradezu symbolisiert im Zusammenbruch der Lehmann-Brothers und anderer Banken. Die nachfolgende Krisenpolitik der Staaten steht offensichtlich im Gegensatz zu den Vorstellungen der „invisible hand“ der Marktregierung.

Empfindungen von Ungerechtigkeit werden verstärkt und öffentlich thematisiert:

9 So etwa in der Broschüre „Antikapitalismus von rechts“ herausgegeben von der AG Zukunft statt Globalisierung Sachsen, von JN und parteifreien AktivistInnen des „Nationalen Widerstandes“: „Die liberale Freizügigkeit räumt der Profitgier des beweglichen Kapitals alle Grenzen aus dem Weg.“; „Wer sich heute als Systemlinker für Drogenfreigabe und liberale Freizügigkeit auf allen Gebieten ausspricht, handelt als Agent der kapitalistischen Unterwelt.“ (S.7).

10 Das ist nicht unumstritten; so distanziert sich der JN Bundesvorstand explizit von einer Unterscheidung in „guten und schlechten Kapitalismus“.

11 JN-Bundesvorstand, „Nationalismus heißt Kapitalismuskritik“, [www.junge-nationaldemokraten.de](http://www.junge-nationaldemokraten.de)

12 Vgl. die Zusammenstellung sozial- und wirtschaftspolitischer Forderungen bei Virchow (2007).

13 Damit ist in keiner Weise gesagt, dass diese Hegemoniekrise nicht auch mit einer Restitution neoliberaler Machtstrukturen enden könnte.

Im Oktober 2008 beklagen nahezu „drei Viertel der Bevölkerung, dass die, die unwägbar Risiken eingegangen sind und daran gut verdient haben, ungeschoren davonkommen“, und betrachten die soziale Gerechtigkeit als verletzt (Köcher 2008). 59 Prozent der Deutschen (im Osten 66 Prozent) stimmen Äußerungen von Oskar Lafontaine und Sarah Wagenknecht zu, die ihnen – ohne Autorangabe – vorgelegt wurden, etwa der Forderung: „Im Interesse der Beschäftigten, der Verbraucher und der Umwelt müssen Energiekonzerne in öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden.“ 2005 wurde der Satz „Der Staat greift zu viel ein“ noch von 28 Prozent der Befragten bejaht, im März 2008 von 18 Prozent und im Oktober noch von 8 Prozent; über 60 Prozent wünschten sich staatliche Eingriffe ins Bankenwesen. Selbst 34 Prozent der FDP-Anhänger wollten mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, nur 15 Prozent weniger. 74 Prozent stimmten der Aussage zu: „Die großen Konzerne machen jedes Jahr Rekordgewinne und schmeißen gleichzeitig die Leute raus. Da muss man schon die Frage stellen, ob das mit dem Grundgesetz vereinbar ist.“ JedeR zweite teilte die Auffassung, „niemand könne in seinem Leben mehrere Milliarden Euro auf verfassungsgemäße Weise erwerben“.

Zwar sind diese Umfrageergebnisse im Verhältnis zu oben genannten Empfindungen von Ungerechtigkeiten in der Vor-Krisenzeit nicht überraschend. Indem sie allerdings in der Krise öffentlich, in der politischen und medialen Mitte der Republik, thematisiert werden, verschiebt sich die Konstellation. Die FAZ sorgte sich, dass die Krise das Systemvertrauen der Bevölkerung untergraben könne („Wasser auf die Mühlen der Linken“, Köcher 2008).

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des „aufgekündigten Vertrages“ sind die verschärften Ungerechtigkeitswahrnehmungen „nach oben“ nicht gänzlich neu oder schon an sich eine gute Nachricht: entscheidend für eine emanzipatorische Perspektive wäre die Frage, ob sie mit einer erweiterten Solidarität gegenüber den Unteren verbunden werden oder ob die Abgrenzungen nach Oben mit verschärften Ausgrenzungsforderungen nach unten einher geht. Die Politik der CDU in der Krise zielte auf die (populistische) Verringerung dieser Gerechtigkeitslücke – auch um zu verhindern, dass der „fundamentalen Wirtschaftskritik der Linken breite Unterstützung“ wächst (Köcher 2008). Zumindest der erste Schreck der Krise konnte damit aufgefangen werden, dass die Regierung die Handlungsfähigkeit des Staates demonstrierte, „Sparguthaben sicherte“ und die Wahrnehmung stärkte, dass die Rettung der Banken Allgemeininteresse sei. Mit dem Auftreten der neoliberalen Politiker als Vertreter und Sachwalter der Interessen des Staates/Volkes gegen die Banken, im Interesse der Opel-Beschäftigten etc. ist es gelungen, an die Sehnsucht nach dem korporatistisch-fordistischen Staat anzuknüpfen, in dem die Menschen nicht der globalen Standortkonkurrenz unterstellt schienen – auch wenn die Politik des Bail-Out eher eine Umverteilung gesellschaftlicher Reichtümer zu Ungunsten der breiten Bevölkerungsschichten darstellte und die Profiteure die politi-

schen Protagonisten des Neoliberalismus gestärkt aus der Krise hervorgehen. Die Stärkung „des Staates“ stärkt auch seine Funktion der ideologischen Repräsentation von Gemeinschaftlichkeit in einer zerrissenen Klassengesellschaft. Besonders mit der so genannten „Abwrackprämie“ ist es gelungen, den Eindruck zu verstärken, dass die allgemeinen Interessen in der Politik der Regierung aufgehoben sind. Ihre Durchsetzung ist eine Art zeitlich begrenzte Wiederbelebung des korporatistischen Dreiecks gewesen: ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als die Automobilindustrie nur noch die vergangene Leitproduktivkraft der kapitalistischen Produktionsweise repräsentieren kann, wird die mit ihr verknüpfte Gewerkschaft an den Verhandlungstisch gebeten, um die staatlichen Maßnahmen zur Nachfrigestimulierung und Kurzarbeitsregelung zu diskutieren. „Die ‚Umweltprämie‘ hat genau jene, die in diesem historischen Block in der unteren Mitte eingeordnet sind, in Bewegung gesetzt, hat sie aktiviert in einer Weise, die ihre Subalternität zementiert, hat ihnen Gewinne versprochen, die in jeder Hinsicht teuer bezahlt werden – durch Verschuldung der öffentlichen Haushalte, Verfestigung überholter Industriestrukturen, Fortsetzung von Umwelt- und Klima zerstörender Produktions- und Lebensweise, der knechtenden Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, die Ausbeutung der Dritten Welt.“ (Brie 2009: 169).

Die neue Repräsentation scheint aufzugehen: Bereits im Februar sieht das Alvensbach-Institut im Umstand, dass nur 20 Prozent der Befragten das Gefühl haben, die Krise greife in ihr Leben direkt ein, eine Erklärung für die geringe emotionale Beteiligung an den Diskussionen um Rettungsmaßnahmen.<sup>14</sup> Das Ungerechtigkeitsempfinden, das in der früheren Umfrage thematisiert wurde – dass die Profiteure des Neoliberalismus nicht für die Kosten seiner Krise einstehen mussten –, scheint durch Abwrackprämie, Pendlerpauschale, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und sinkende Benzinpreise zunächst beruhigt. Im Dezember 2008 spricht die IFCOM-Studie „Tiefer in die Krise?“<sup>15</sup> noch von überwiegend schlechten wirtschaftlichen Erwartungen der Deutschen (nur 30 Prozent gehen davon aus, dass es wirtschaftlich im kommenden Jahr unverändert oder besser gehen werde), allerdings sind gleichzeitig nur 27 Prozent überzeugt, dass es ihnen *persönlich* schlechter gehen werde. Im August 2009 antworten auf eine Tagesschau-Befragung zwar 88 Prozent, dass die Folge der Krise die kleinen Leute tragen müssen und 81 Prozent, die Banken machten weiter wie bisher. Aber immerhin 62 Prozent vertrauen darauf, dass die Regierung „uns“ gut durch die Krise führen wird, 65 Prozent fühlen sich von der Krise nicht persönlich betroffen.<sup>16</sup>

Die Lücke der Repräsentation, in der die extreme Rechte Politik gemacht hat, scheint sich in der Krise eher geschlossen zu haben – zumindest kurzfristig und verbal. Entsprechend schlecht hat die extreme Rechte in Deutschland in

14 <http://www.wiwo.de/politik/allensbach-chefin-mehrheit-der-buerger-bleibt-trotz-krise-gelassen-387352/>

15 <http://www.ifcom-research.de/aktuelles>, Zugriff 23.6.2009.

16 [http://service.tagesschau.de/infografik/deutschlandtrend/dt08/index.shtml?2009\\_08](http://service.tagesschau.de/infografik/deutschlandtrend/dt08/index.shtml?2009_08)



Die schlechten Ergebnisse der Rechten sind nicht notwendig Anlass zur Erleichterung. „In Krisenzeiten setzt die Wählerschaft auf Sicherheit“, so Richard Stöss.<sup>20</sup> Auch rechte Antikapitalisten könnten hier eher etablierten Volksparteien vertrauen. Mit dem Abklingen der Krisenwahrnehmung oder – wahrscheinlicher – wenn die Regierungspolitik deutlicher als neoliberale Klientelpolitik zu erkennen sein wird, die Ungerechtigkeitsgefühle in Arbeitswelt und Sozialstaat nur verstärken kann, kann die rechte ‚Kritik‘ schnell wieder gefragt sein.

Mit Blick auf die anderen europäischen Staaten zeigt sich ein widersprüchliches Bild: Die Front National ist angesichts der nationalprotektionistischen Rhetorik der Sarkozy-Regierung in einer der deutschen vergleichbaren Situation und bleibt geschwächt. Doch in Ungarn (Jobbik 14,8 Prozent), Flämisch-Belgien (Vlaams Belang 10,9 Prozent, LDD 4,9 Prozent) und den Niederlanden (Freiheitspartei 17 Prozent) kann die extreme Rechte Gewinne und Stabilisierungen verzeichnen. In Italien gewann Berlusconi *Il Popolo della Libertà* knapp 36 Prozent, die Lega Nord gut 10 Prozent, allerdings auf Kosten der faschistischen Forza Nuova und Movimento Sociale Fiamma Tricolore.

Zentrale Themen bleiben dabei rassistische Mobilisierungen, die angesichts der verschärften Konkurrenzwahrnehmungen in der Krise auf krasse Formen setzen: in Ungarn hat Jobbiks Kandidat Judit Szima zum bewaffneten Kampf gegen Juden und Roma aufgerufen<sup>21</sup>. Berlusconi und seine Verbündeten schüren rassistische Ressentiments vor allem gegen Roma und nordafrikanische Flüchtlinge und legalisieren faschistische Bürgerwehren und Straßencorps<sup>22</sup>. Geert Wilders ist in den Niederlanden vor allem mit anti-muslimischem Rassismus erfolgreich. Die British National Party wirbt mit „Putting British People first“, Belegschaften verschiedener in die Krise geratener Betriebe in Großbritannien forderten im Januar „britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“<sup>23</sup>. Die BNP ist mit zwei Abgeordneten ins Europa-Parlament eingezogen.

Die extreme Rechte wuchert mit dem „repressiven Subtext“ fordistischer Lebensweisen und verspricht gleichzeitig den radikalen Bruch mit dem Bestehenden. In der Krise, dem Bruch mit der Normalitätswahrnehmung des Bestehenden, ist dies für Viele nicht attraktiv. Ob es aber langfristig und über nationale Grenzen hinaus gelingen kann, die Bearbeitung der Gerechtigkeitslücke den rechten Politikprojekten zu entwenden und in emanzipatorische, solidarische Perspektiven einzubinden, wird letztlich davon abhängen, ob es den Lin-

---

20 <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/rechte-setzen-erfolglos-auf-marx/>

21 <http://www.redpepper.org.uk/Europe-s-far-right-rises>

22 <http://www.eurorex.info/2009/08/03/pakt-der-militanten-europas-extreme-rechte-auf-dem-vormarsch-teil-2/>

23 Matthias Becker 2009: Protektionismus von unten? Beitrag auf telepolis am 03.02., <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29650/1.html>; Zugriff: 3.3.2009; auch Pit Wührer: Streiks gegen EU-Standards, Freitag, 12.2.2009, <http://www.freitag.de/wochenthema/0907-grossbritannien-streiks-europa-lohndumping> Zugriff: 3.3.2009.

ken gelingt, Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jenseits der autoritären und nationalen Momente des Fordismus in einem neuen Projekt globaler Solidarität aufzuheben.

## Literatur

- Barfuss, Thomas (2002): *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts*, Argument Hamburg.
- Betz, Hans-Georg (2001): Rechtspopulismus und Ethnonationalismus: Erfolgsbedingungen und Zukunftschancen. In: Claus Leggewie, Richard Münch (Hg.), *Politik im 21. Jahrhundert*, Suhrkamp Frankfurt/M, 122-38.
- (2001b): Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Wilhelm Heitmeyer und Dietmar Loch (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Suhrkamp Frankfurt/M, 167-85
- Brie, Michael (2009): Sind wir Auto? in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* 1, H. 1/09, 165-73.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Argument Hamburg.
- Dörre, Klaus; Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic (2004): Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, in: *Das Argument* 256, 378-96.
- Gramsci, Antonio (1996): *Gefängnishefte Band 7*, Argument Hamburg.
- Greven, Thomas, Grumke, Thomas (Hg.) (2006): *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden.
- Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Wolfgang Fritz Haug, Wieland Elfferding (Hg.), *Internationale Sozialismuskonversation, Bd 2, Neue soziale Bewegungen und Marxismus*, Argument Hamburg, 104-24.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2003): *Deutsche Zustände. Folge 2*, Suhrkamp Frankfurt/M.
- Hentges, Gudrun u.a. (2003): *The Abandoned Worker - Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populism. European Synthesis Report on Qualitative Findings*, Wien.
- Köcher, Renate (2008): „Wasser auf die Mühlen der Linken“, FAZ, 22.10., 6
- Scharenberg, Albert (2006): Brücke zum Mainstream - Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung. In: Thomas Greven und Thomas Grumke (Hg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, 70-111
- Schui, Herbert u.a. (1997): *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, Knaur München.
- Schui, Herbert; Blankenburg, Stephanie (2002): *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, VSA Hamburg.
- Vester, Michael (2001): Von der Integration zur sozialen Destabilisierung: Das Sozialmodell der Bundesrepublik und seine Krise. In: Claus Leggewie, Richard Münch (Hg.), *Politik im 21. Jahrhundert*, Suhrkamp Frankfurt/M, 75-121.
- Virchow, Fabian (2007): Von der ‚antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes‘. Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der ‚kleinen Leute‘, in: *Utopie kreativ*, H.198, 356f.